

Wolfgang Neugebauer

Der österreichische Widerstand 1938-1945

Das Verhalten der Österreicher und Österreicherinnen unter dem NS-Regime ist in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend zum Gegenstand öffentlicher Diskussion geworden. Insbesondere das Ausmaß der Verstrickung der Österreicher und Österreicherinnen in das NS-Regime und dessen Verbrechen wurde und wird von HistorikerInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen oft sehr unterschiedlich bewertet. In dieser Debatte kommt auch dem Stellenwert des von ÖsterreicherInnen geleisteten Widerstands eine wesentliche Rolle zu. Das DÖW als wichtigste österreichische Forschungseinrichtung in diesem Bereich hat die wissenschaftliche Aufarbeitung und Dokumentation des Widerstands zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht.

Dabei wurden das gesamte politische Spektrum des österreichischen Widerstands, aber auch schon sehr früh die verschiedenen Formen nichtorganisierten Widerstands und Oppositionsverhaltens in den Blick genommen. Das DÖW orientierte sich dabei an dem von Karl R. Stadler, einem Pionier der österreichischen Zeitgeschichteforschung, formulierten breiten Widerstandsbegriff:

„Angesichts des totalen Gehorsamkeitsanspruches der Machthaber und der auf seine Verletzung drohenden Sanktionen muss jegliche Opposition im Dritten Reich als Widerstandshandlung gewertet werden, auch wenn es sich nur um einen vereinzelt Versuch handelt, ‚anständig zu bleiben‘.“¹

Als wichtiger Bestandteil des österreichischen Widerstandes gegen das NS-Regime ist auch die Tätigkeit von Exilorganisationen und ExilantInnen zu verstehen. Dies gilt insbesondere für jene Österreicher und Österreicherinnen, die nach Kriegsausbruch in besetzten europäischen Ländern Widerstandsaktivitäten setzten, in Widerstands- oder Partisanengruppen tätig wurden oder in Spanien gegen den europäischen Faschismus kämpften; vor allem im französischen Widerstand spielten Österreicher und Österreicherinnen (neben anderen Flüchtlingen) eine hervorragende Rolle. Diese Bewertung gilt ebenso für alle ÖsterreicherInnen aufseiten der alliierten Streitkräfte und Nachrichtendienste. (Siehe dazu den Beitrag „Flucht und Vertreibung, Emigration und Exil 1934-1945“ im vorliegenden Katalog.)

Voraussetzungen und Besonderheiten

Der gewaltsame „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland bedeutete mehr als den bloßen Übergang von einer zu einer anderen Diktatur; der März 1938 war ein tief greifender Einschnitt, der die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für jede politische Tätigkeit grundlegend veränderte. Vor allem hinsichtlich der ideologisch-propagandistischen Durchdringung der Gesellschaft, der Stabilität des Staates, dessen Machtentfaltung sowie des Ausmaßes und der Radikalität der Unterdrückung von politischen Gegnern und Gegnerinnen bestanden wesentliche Unterschiede zur Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, die jede Gleichsetzung dieser beiden Regime unhaltbar machen.

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ stieß die Organisation des Widerstandes auf große Schwierigkeiten. Der kampflose Untergang Österreichs, die Passivität der Westmächte, die totale nationalsozialistische Machtergreifung und die umgehend einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen wirkten sich verheerend aus. Tausende potenzielle Gegner und Gegnerinnen mussten flüchten und fehlten daher bei der Organisation des Widerstandes. Die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung nach dem 11. März wirkte als psychologisches Hindernis. Der nazistische

Siegestaumel hatte – nicht zuletzt dank der Wirkung einer in Österreich beispiellosen Propagandakampagne – breite, weit über die NS-SympathisantInnen hinausgehende Kreise der Bevölkerung erfasst. Auch die anschlussfreundlichen Erklärungen österreichischer Institutionen und Persönlichkeiten, namentlich der österreichischen Bischöfe vom 18. März und des Sozialdemokraten Karl Renner vom 3. April entmutigten wahrscheinlich deren AnhängerInnen. Eine breitere Formierung von illegalen Organisationen fand daher erst im Sommer und Herbst 1938 statt.

In anderen später dann vom nationalsozialistischen Deutschen Reich besetzten Ländern stellten die Besatzer von vornherein ein klares Feindbild dar und der Widerstand wurde zur Sache aller nationalen Kräfte. Die österreichischen Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen hingegen hatten in einer zum Teil feindlichen, von Verrätern und fanatischen RegimeanhängerInnen durchsetzten Umwelt zu wirken. Eine gemeinsame nationale Wurzel des Widerstandes wie in anderen besetzten Ländern war aufgrund der besonderen Situation Österreichs lange Zeit kaum vorhanden. Deutschnationalismus war während der Ersten Republik weit verbreitet gewesen, ein Österreichpatriotismus stand noch ganz am Anfang und musste sich erst nach und nach entwickeln. Trotzdem entstand, wie der Historiker Ernst Hanisch anmerkt, ein spezifischer österreichischer, vom deutschen beinahe völlig getrennter Widerstand. Das NS-Regime fand zwei annähernd gleich starke potentielle Hauptgegner vor: die organisierte Arbeiterbewegung, hauptsächlich in den Industriezentren im Osten Österreichs konzentriert, und das katholisch-konservativ-bürgerliche Lager. Die Kluft zwischen diesen beiden Lagern, die die Politik der Ersten Republik geprägt hatte, verringerte sich zwar im Widerstand, blieb als Trennlinie grundsätzlich aber bestehen.

Sozialistischer Widerstand

Die illegale Arbeiterbewegung wirkte schon seit 1934 im Untergrund, verfügte über gefestigte illegale Gruppen und Erfahrungen in der Organisierung von Widerstand. Trotzdem bedeutete der März 1938 auch für sie einen tiefen Einschnitt. Angesichts der ungleich schärferen Verfolgung durch das Naziregime gab das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten (RS) im März 1938 die Weisung aus, alle Aktivitäten für drei Monate einzustellen. Diese Einstellung der Parteiführung sowie die Verhaftung vieler SozialistInnen und die erzwungene Flucht oder Auswanderung politisch oder aufgrund der rassistischen Kriterien des NS-Regimes belasteter FunktionärInnen führten zu einem organisatorischen Niedergang. Die weiter aktiven RSlerInnen konzentrierten ihre Tätigkeit auf die Unterstützung von Angehörigen von Verfolgten. Die schon seit 1934 bestehende Unterstützungsaktion „Sozialistische Arbeiterhilfe“ (SAH) – Gegenstück zur kommunistischen „Roten Hilfe“ – wurde gleichsam zum Ersatz für die Parteiorganisation. Der erste Prozess des Volksgerichtshofes in Wien am 9. Juni 1939, über den der „Völkische Beobachter“ auf der Titelseite berichtete, richtete sich gegen die Führungsspitze der SAH. Eine zweite Führungsgruppe, die die SAH neu aufbaute und mit der Auslandsvertretung der Sozialisten in Brünn bzw. Paris Verbindungen unterhielt, wurde im Juli 1939 von der Gestapo ausgehoben. Für den sozialistischen Widerstand war besonders verhängnisvoll, dass ein ehemaliger Sportredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Hans Pav, zum Verräter wurde. Der deswegen 1947 zu 15 Jahren Kerker verurteilte Pav war wie andere RSler im März 1938 verhaftet worden und hatte sich unter dem psychischen Druck der Gestapo bereit erklärt, Spitzeldienste zu leisten. Pav gab in der Folge vor, die RS neu aufbauen zu wollen, setzte sich mit vielen GesinnungsfreundInnen in Verbindung und traf sich mit RS-Funktionären im Ausland. Anschließend verriet er die Aktivisten an die Gestapo.

Von besonderer Wichtigkeit war die Rolle der amerikanischen Frau des RS-Vorsitzenden Joseph Buttinger, Muriel Gardiner. Diese verhalf zahlreichen gefährdeten AntifaschistInnen durch

falsche Pässe und finanzielle Unterstützung zur Ausreise und stellte auch Gelder für die illegale Parteilarbeit der Sozialisten in den Bundesländern zur Verfügung.

Die Verfolgung und das Abreißen der Verbindungen in das Exil führten nach dem Kriegsausbruch 1939 dazu, dass der sozialistische Widerstand in einzelne, voneinander isolierte Gruppen zerfiel. Vereinzelt unternahmen Funktionäre wie Felix Slavik und Alfred Migsch Versuche zum Neuaufbau von Organisationen. Slavik nahm auch Kontakte zu katholischen und monarchistischen Kreisen auf und wurde gemeinsam mit diesen vor den Volksgerichtshof gestellt. Von den noch weiter existierenden sozialistischen Widerstandsgruppen war die von dem Wiener Hauptschullehrer Dr. Johann Otto Haas geführte Gruppe der Revolutionären Sozialisten am bedeutendsten. Sie hatte bis zu ihrer Aufdeckung im Juli 1942 Stützpunkte in Wien, Salzburg, Tirol und unter den Eisenbahnern sowie Verbindungen zu sozialistischen Gruppen in Süddeutschland.

Die sozialistischen Widerstandsgruppen in Österreich ebenso wie die sozialistischen Exilorganisationen vertraten eine gesamtdeutsche Linie, d. h. sie strebten an, anstelle eines nationalsozialistischen ein sozialistisches Deutschland unter Einschluss Österreichs zu errichten. Erst im Laufe des Krieges und besonders nach der Moskauer Deklaration, in der 1943 die Unabhängigkeit Österreichs zum alliierten Kriegsziel erklärt wurde, erfolgte ein Umdenken der Sozialdemokratie.

Infolge des verschärften Terrors beschränkten viele oppositionelle Sozialdemokraten ihre Kontakte zu Gesinnungsfreunden auf den engsten Kreis und verzichteten auf jede nach außen gerichtete Tätigkeit. Es bildeten sich lose Gesinnungsgemeinschaften, von Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) als „Stammtischrunden“ und „harmlose rote Spießer“ ironisiert. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 kam diesen meist aus bekannten Sozialdemokraten zusammengesetzten Kreisen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Vertreter des deutschen Widerstandes versuchten mehrmals, österreichische Sozialdemokraten und Christlichsoziale für eine Mitarbeit zu gewinnen, mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass österreichischerseits der Wunsch nach Unabhängigkeit bereits stärker war als die Verbundenheit mit Deutschland. Nach dem Scheitern des Anti-Hitler-Putsches wurden auch viele sozialdemokratische Funktionäre verhaftet, darunter Adolf Schärf, Theodor Körner, Johann Böhm und Karl Seitz. In der Endphase der Naziherrschaft gehörten diese vornehmlich dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zuzuzählenden Kräfte vielfach als Vertreter des sozialistischen Lagers überparteilichen Widerstandsgruppen an. Beim Wiederaufbau der sozialistischen Bewegung nach der Befreiung 1945 waren sie als Erste zur Stelle und prägten in der Folge die Politik der SPÖ.

Kommunistischer Widerstand

Im Spiegel der vorhandenen Polizei- und Gerichtsmaterialien war der Widerstand der Kommunisten und Kommunistinnen zahlenmäßig der weitaus stärkste von allen politischen Gruppen. Forschungen zur NS-Justiz zeigten, dass ca. 50 % der vom Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz verurteilten Österreicher und Österreicherinnen dem kommunistischen Widerstand zuzurechnen waren; ca. zwei Drittel von ihnen hatten vor 1934 der Sozialdemokratie angehört. Auch die illegalen Druckwerke dieser Zeit sind an die 90 % kommunistischer Provenienz. Dieser Gewinn an Anhängern und Anhängerinnen und damit Einfluss im Widerstand war möglich, weil die KPÖ von Anfang an – ohne Rücksicht auf Verluste – die Parole des aktiven Widerstandes ausgab. Schon in der ersten, am 12. März 1938 in Prag beschlossenen Erklärung trat die KPÖ für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs ein und gab ihrem Widerstand eine betont österreichisch-patriotische Orientierung. Ähnlich wie die kommunistischen Widerstandsbewegungen in anderen von Hitlerdeutschland

besetzten Ländern propagierten die österreichischen Kommunisten die Bildung einer überparteilichen „Österreichischen Freiheitsfront“, allerdings weitgehend erfolglos. Etwa ab Sommer 1938 entstanden unzählige Lokal- und Betriebszellen, wurden immer wieder Bezirks-, Stadt- und zentrale Leitungen gebildet. Besonders aktiv war die von der Gestapo „Tschechische Sektion der KPÖ“ genannte Widerstandsgruppe von Wiener Tschechen und Tschechinnen, die Anschläge gegen verschiedene nationalsozialistische Einrichtungen durchführten.

Aus dem Ausland entsandte die KPÖ österreichische Flüchtlinge nach Österreich, um hier Widerstandszellen aufzubauen. Infolge der Unterwanderung gerade der zentralen Parteileitungen mit Gestapospitzeln wurden diese zurückgekehrten Aktivisten und Aktivistinnen meist nach kurzer Zeit oft gleichzeitig mit unzähligen Gleichgesinnten festgenommen. Zu diesen todesmutigen RückkehrerInnen gehörten u. a. die bei Clemens Holzmeister in der Türkei tätigen ArchitektInnen Margarethe Schütte-Lihotzky und Herbert Eichholzer. Sie halfen 1940/41 unter der Leitung von Erwin Puschmann eine weit verzweigte Organisation mit aufzubauen, die dem Wirken des Gestapo-„V-Mannes“ „Ossi“ (Kurt Koppel) zum Opfer fiel. Von der Grazer KPÖ-Gruppe um Herbert Eichholzer wurde das einzige österreichische Flugblatt gegen die NS-Euthanasie hergestellt und verbreitet.

Schütte-Lihotzky und Eichholzer standen für viele junge Intellektuelle, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen, die sich in den zwanziger und dreißiger Jahren in Europa der Linken, oft den Kommunisten zuwandten. Die Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Demokratie, Frieden und Kultur bedrohenden Faschismus ließ viele Intellektuelle die Augen vor den damals schon sichtbaren Verbrechen des Stalinismus verschließen. Gerade in diesem Milieu waren Menschen jüdischer Herkunft stark vertreten; geflüchtet, vertrieben, vielfach von der NS-Herrschaft wieder eingeholt, spielten sie im europäischen Widerstand, vor allem in Frankreich, eine wichtige Rolle. So baute eine aus dem französischen Exil bzw. Untergrund 1943 als „Fremdarbeiter“ getarnt nach Wien zurückgekehrte Gruppe kommunistischer AktivistInnen ein umfangreiches Widerstandsnetz auf, das auch französische „Fremdarbeiter“ umfasste.

Im Mittelpunkt der auf Massenwiderstand zielenden kommunistischen Aktivitäten stand die Verbreitung illegaler Druckwerke, die das Meinungsmonopol des NS-Regimes durchbrechen sollten. Viele der illegalen Aktivitäten, wie Streu- oder Schmieraktionen trug hauptsächlich der Kommunistische Jugendverband (KJV), wobei besonders die massenhaft an österreichische Frontsoldaten verschickten „zersetzenden“ Briefe die Aufmerksamkeit der Gestapo hervorriefen. Bis Ende 1943 konnte die Gestapo die meisten bestehenden kommunistischen Gruppen aufdecken und zerschlagen. In einem Bericht der Gestapo Wien vom März 1944 werden folgende Zahlen von Festnahmen kommunistischer WiderstandskämpferInnen genannt:

1938: 742
1939: 1132
1940: 837
1941: 1507
1942: 881
1943: 1173

Das sind zusammen rund 6300 Festgenommene. Obwohl in dieser Zahl auch einige als Kommunisten qualifizierte Sozialisten sowie die – nachstehend beschriebenen – Angehörigen der kommunistisch dominierten Betriebsorganisationen enthalten sind, wird damit die beachtliche Stärke des kommunistischen Widerstandes sichtbar. Kaum einer der von der Gestapo Festgenommenen wurde wieder entlassen; viele wurden hingerichtet oder kamen in Gefängnissen und Konzentrationslagern um. Für die KPÖ bedeutete diese Einbuße von tausenden Aktivisten und Aktivistinnen einen unersetzlichen Verlust.

Widerstand in Betrieben, andere linke Widerstandsgruppen

Zusätzlich zu den sozialistischen und kommunistischen Parteiorganisationen entwickelte sich Widerstand in den Betrieben. Als Leiter der Betriebszellen traten fast immer kommunistische Funktionäre auf, doch die Mehrzahl der Mitglieder kam aus den Reihen der Sozialisten, wenn sie auch von Gestapo und Gerichten durchwegs als Kommunisten abgestempelt und verurteilt wurden. Diese Betriebszellen wahrten den gesinnungsmäßigen Zusammenhalt unter ihren Mitgliedern, sammelten Gelder für die Familien von Verhafteten und Verfolgten, suchten Einfluss auf allfällige Lohnverhandlungen und sonstige gewerkschaftliche Fragen zu gewinnen und führten gelegentlich Streu- und Flugzettelaktionen im Betrieb durch. Bereits die bloße Spendenleistung aus Solidarität oder Mitgefühl wurde als „kommunistischer Hochverrat“ geahndet. Betriebszellen gab es in fast allen größeren Betrieben Österreichs. Auch unter den vielen tausenden Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen bildeten sich Widerstandsgruppen, die zum Teil kommunistisch orientiert waren.

Die trotz sozialer Propaganda letztlich extrem arbeiterfeindliche Politik des NS-Regimes führte nicht nur zur Bildung von Widerstandsgruppen, sondern auch – damit in engem Zusammenhang – zu Arbeitskonflikten, Streiks, Arbeitsniederlegungen und Arbeitsverweigerungen. Solche spontanen Aktionen der Arbeiter und Arbeiterinnen waren strengstens verboten und wurden dementsprechend abgestraft: „Rädelsführer“ wurden von der Gestapo verhaftet; unbotmäßige Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere Jugendliche, die gegen die strengen Normen verstießen, kamen in Arbeitserziehungslager, Jugend-KZ u. dgl.

Im Unterschied zu den aktivistischen KommunistInnen kapselten sich die verschiedenen Kleingruppen, die in der Tradition des russischen Revolutionärs Leo Trotzki standen, weitgehend ab, verbreiteten ihre Publikationen nur im eigenen Kreis und konnten auf diese Weise ihre Organisationen bis 1945 aufrechterhalten, blieben aber bedeutungslos. Auf die Existenz einer anarchistischen Gruppe kann nur aus dem Vorliegen illegaler Flugschriften geschlossen werden. Linke NSDAP-Absplitterungen wurden von der Gestapo als „nationalbolschewistisch“ verfolgt. Linksorientiert war auch die sehr aktive Jugendgruppe um den Gymnasiasten Josef Landgraf sowie die aus „Mischlingen“ im Sinne der Nürnberger Gesetze zusammengesetzte Mischlingsliga Wien. Zu den aktivsten Widerstandsgruppen in Wien zählte die von dem slowenischen Kommunisten Karl Hudomalj 1942 initiierte Anti-Hitler-Bewegung Österreichs, die bis zu ihrer Aufrollung Anfang 1944 die illegale Zeitschrift „Wahrheit“ herausgab.

Widerstand im bürgerlichen und katholischen Lager

Anders sah die Situation im bürgerlichen und christlichen Lager aus. Die mit Kardinal Innitzers Anschluss-Erklärung eingeleitete Phase der Verhandlungen zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche ging erst im Herbst 1938 in eine offene Auseinandersetzung über. Viele dem Nationalsozialismus feindlich gegenüberstehende Katholiken waren verunsichert und nahmen anfangs eine abwartende Haltung ein. Die politischen Kräfte, die bis zum März 1938 die Träger der Staatsgewalt gewesen waren, mussten erst den Sturz in die Tiefe der Verfolgung und Illegalität überwinden und mühsam illegale Organisationen aufbauen.

Die katholische Kirche als Institution stand zwar nicht im aktiven Widerstand gegen das NS-Regime, da sie ihre legale Existenz nicht gefährden wollte. Doch allein ihr Vorhandensein und ihre weltanschaulich-geistige Tätigkeit wirkten dem totalen weltanschaulichen Anspruch des NS-Regimes entgegen. Zahlreiche katholische Priester, Nonnen und Laien wurden – entgegen der oft vorsichtig taktierenden Haltung der „Amtskirche“ – zu entschiedenen Gegnern und Gegnerinnen des als unchristlich empfundenen Regimes. Die 1998 vom Papst selig gesprochene Franziskanerin Sr. Maria Restituta (Helene Kafka) hatte als Operationsschwester im Mödlinger

Spital ein Österreich-patriotisches und kriegsgegnerisches Gedicht verbreitet. Von einem fanatischen NS-Arzt denunziert, wurde sie als einzige Nonne im Deutschen Reich hingerichtet, weil der Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, Martin Bormann, ein kirchenfeindliches Exempel statuieren wollte. Klarer und mutiger als viele andere hatte der einfache Bauer aus St. Radegund in Oberösterreich Franz Jägerstätter den verbrecherischen Charakter des Hitlerkrieges analysiert und als Christ und österreichischer Patriot den Kriegsdienst gegen den Rat seines Bischofs und anderer auch noch angesichts des Todesurteils verweigert. Die Diözese Linz ist seit einigen Jahren um seine Seligsprechung bemüht.

Die zunehmenden Spannungen zwischen katholischer Kirche und NS-Regime traten im Oktober 1938 offen zu Tage. Am 7. Oktober 1938 fand im Stephansdom eine Jugendfeierstunde („Rosenkranzfest“) mit 7000 bis 10.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen statt. Nach einer spontanen Ansprache von Kardinal Innitzer kam es zu Bekundungen und Sprechchören auf dem Stephansplatz. Die Antwort des Regimes war entsprechend brutal: Schon am Rande der Kundgebung, der einzigen öffentlichen Demonstration gegen das NS-Regime in Österreich, wurden einzelne Teilnehmer verhaftet und später in Konzentrationslager gebracht; am 8. Oktober stürmte die Wiener Hitler-Jugend unter ihrem Gebietsführer Karl Kowarik das Erzbischöfliche Palais, zerstörte einen Großteil der Einrichtung, schändete Kruzifixe, Christus- und Marienbilder und machte Jagd auf Priester. Am 13. Oktober fand am Heldenplatz eine von der NSDAP organisierte „Volkskundgebung gegen Erzbischof Kardinal Innitzer“ statt, bei der Gauleiter Bürckel vor angeblich 200.000 „Volksgenossen“ „mit der politisierenden Kirche abrechnete“. Die stärkste Wirksamkeit entfaltete der katholische Widerstand im Kampf gegen die 1939/40 begonnene NS-Euthanasie. Die Predigten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen, die entscheidend zum offiziellen Euthanasiestopp im August 1941 beitrugen, wurden von katholischen Jugendlichen auch in Österreich verbreitet. Nicht weniger mutig und entschieden hatte die Ordensobere der Barmherzigen Schwestern in Salzburg Anna Bertha (Reichsgräfin von) Königsegg gegen die Euthanasiemaßnahmen protestiert und im April 1941 den Abtransport von ihr anvertrauten Patientinnen in Schernberg – vergeblich – zu verhindern versucht. Sie kam mit Gauverweisung und Hausarrest glimpflich davon.

Antikatholische Maßnahmen, Diskriminierung und Verfolgung von Funktionären der ehemaligen Vaterländischen Front und die Unterdrückung alles Österreich-Patriotischen führten zur Bildung katholischer Widerstandsgruppen, die ebenso wie die monarchistischen Widerstandsgruppen meist großösterreichische Vorstellungen hatten. Ab Sommer/Herbst 1938 entstanden große konfessionelle und monarchistische Widerstandsgruppen, wie etwa die drei Österreichischen Freiheitsbewegungen (um Roman Karl Scholz, Jakob Kastelic und Karl Lederer) oder die Gruppe Hebra. Lediglich einige Jugendgruppen entfalteten schon früher eine illegale Aktivität. So wurde z. B. die Widerstandsgruppe Frei-Jungdeutschland um die Brüder Alfred und Johann Ellinger, die sich aus ehemaligen Mitgliedern von Jugendorganisationen des „Ständestaates“ sowie der Marianischen Studentenkongregation an der Canisiuskirche in Wien zusammensetzte, bereits Anfang April 1938 gegründet. Otto Molden berichtet, dass seine Gruppe schon am Abend des 11. März 1938 die Bildung von Widerstandsgruppen beschloss. Freilich wurden einige ihrer Führer infolge Verhaftung in den nächsten Tagen und Wochen an diesem Vorhaben gehindert. Auch die monarchistische Studentenverbindung Ottonen ging nach ihrer Selbstauflösung „geschlossen in die Illegalität“. Ihr Senior, Hauptmann Karl Burian, wurde am 13. März 1944 hingerichtet. Neben der Gruppe Burian formierten sich mehrere ähnliche Widerstandsgruppen, wie z. B. die Illegale Österreichische Kaisertreue Front oder die Österreichische Arbeiterpartei (Gruppe Polly), die die Wiedererrichtung der Habsburgermonarchie anstrebten, aber nur zeit- und teilweise die Verbindung mit dem Exil um Otto Habsburg aufrechterhalten konnten.

Die wichtigsten Widerstandsorganisationen nach der Zerschlagung der großen katholischen Gruppen bis 1940 waren die Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs und die Gruppe Maier – Messner – Caldonazzi. Die von dem Kärntner Geistlichen Anton Granig gegründete, in

den Jahren 1941 bis 1942 agierende Gruppe hatte ein weit verzweigtes Widerstandsnetz von Kärnten bis Wien aufgebaut, in dem u. a. die hochrangigen Franziskaner P. Angelus Steinwender und P. Capistran Pieller, die beide hingerichtet wurden, eine wichtige Rolle spielten. Die Bedeutung der 1942 bis 1944 operierenden Gruppe um den Währinger Kaplan Heinrich Maier und den Semperit-Generaldirektor Franz Josef Messner lag vor allem in den Kontakten zum US-Kriegsgeheimdienst OSS, der mit wichtigen Informationen über die Rüstungsindustrie in Ostösterreich versorgt wurde. Die Grenzen zwischen Widerstandsaktivitäten und nachrichtendienstlichen Tätigkeiten für die Alliierten waren fließend. Aus heutiger Sicht ist der militärische und geheimdienstliche Einsatz für die Alliierten, von NS-Gerichten und Gestapo bzw. heutigen Rechtsextremen als „Hoch- oder Landesverrat“ beschimpft, als wesentlicher Bestandteil des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition und des europäischen Widerstandes zu werten.

Die christliche Arbeiterbewegung wurde – als Bestandteil des Schuschniggsystems – im März 1938 zerschlagen; viele ihrer führenden Funktionäre wurden inhaftiert oder in KZ gebracht. Ansätze zum illegalen Neuaufbau der Organisation sind nicht festzustellen. Einzig der 1938 aufgelöste Karl-Vogelsang-Bund setzte seine Tätigkeit bis zur Verhaftung seines Gründers und Führers Anton Orel 1943 fort. Zweifellos wurden aber gewisse Verbindungen zwischen früheren Funktionären der christlichen Arbeiterbewegung aufrechterhalten, und auch zu deutschen christlichen Gewerkschaftern um Jakob Kaiser und damit zum Verschwörerkreis des 20. Juli 1944 bestanden Kontakte. Felix Hurdes und Lois Weinberger, führende Persönlichkeiten dieses Lagers, wurden im Herbst 1944 verhaftet.

Gegen Kriegsende formierten sich vielerorts neue Widerstandskreise im bürgerlichen Lager, die meist eher lose Verbände darstellten. Bei ihren Zusammenkünften in Wohnungen und Gaststätten wurden Pläne für die Nach-NS-Zeit erörtert. Sowohl bei den christlichen Arbeiterfunktionären als auch bei Bauern und Gewerbetreibenden gab es solche Ansätze, sodass Ludwig Reichhold in seiner Geschichte der Österreichischen Volkspartei zu Recht auf das Entstehen dieser Partei im Widerstand hinweisen konnte.

Andere christliche Gruppen

Die in Österreich schon seit 1935/36 verbotene religiöse Gruppe Internationale Bibelforschervereinigung setzte ihre Tätigkeit nach dem März 1938 im Wissen um die ungleich schärferen Repressionsmaßnahmen des NS-Regimes unbeirrt fort. Die im NS-Jargon „Bibelforscher“ genannte, sich selbst „Zeugen Jehovas“ bezeichnende christliche Kleingruppe verkündete in ihren in großer Auflage verbreiteten Schriften nicht nur religiöse Lehren, sondern auch klare politische Positionen: Ihre Mitglieder lehnten den nationalsozialistischen Staat kompromisslos ab, verweigerten den vorgeschriebenen „Deutschen Gruß“ („Heil Hitler“) ebenso wie den Dienst in der Hitlerjugend; insbesondere weigerten sie sich als grundsätzliche Pazifisten, Kriegsdienst und Rüstungsarbeit zu leisten; sie wandten sich aber auch gegen andere totalitäre Herrschaftsformen und Diktatorsysteme, wie z. B. gegen den italienischen Faschismus, gegen Franco-Spanien und den Kommunismus in der Sowjetunion; sie beklagten nicht nur die Verfolgung ihrer Glaubensbrüder im Deutschen Reich, sondern prangerten auch die Verfolgung der Juden und anderer „unschuldiger“ Menschen an. Das NS-Regime verfolgte die Zeugen Jehovas genauso konsequent und brutal wie politische GegnerInnen mit Gefängnis, Konzentrationslager und Todesstrafe. Im Unterschied zu den rassistisch verfolgten Juden und Roma wurde den „Bibelforschern“ die Möglichkeit gegeben, durch „Abschwören“ von ihrer Lehre den Verfolgungen zu entgehen. Dass nur ganz wenige dieser Verlockung folgten und die meisten standhaft blieben, spricht für die Glaubensstärke der Zeugen Jehovas. Nach Angaben der Glaubensgemeinschaft sind von 550 Mitgliedern in Österreich 145 umgekommen, davon 54 wegen Kriegsdienstverweigerung oder Wehrkraftersetzung. Auch die ebenfalls

wehrdienstfeindliche Sekte der Adventisten setzte ihre verbotene religiöse Tätigkeit fort. Daran gemessen war der Widerstand der evangelischen Kirche und der altkatholischen Kirche zahlenmäßig gering, wiewohl auch sie von den antikirchlichen Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes in Mitleidenschaft gezogen wurden. Mehr als gelegentliche regimekritische Predigten oder Stellungnahmen von Vertretern der evangelischen Kirche und anderer christlichen Gruppen, wie z. B. der Baptisten, fielen die Bemühungen der (Evangelischen) Schwedischen Mission in Wien ins Gewicht, die mehr als 3000 Juden, Jüdinnen und ChristInnen jüdischer Herkunft zur Auswanderung in das neutrale Ausland verhalf. Auch die christliche „Gesellschaft der Freunde – Quäker“ unterstützte Verfolgte und half bei deren Flucht aus dem Deutschen Reich.

Partisanen, bewaffneter Widerstand

Große Teile des österreichischen Widerstandes beschränkten sich hauptsächlich auf traditionelle politische Tätigkeitsformen, wie die Bildung von Organisationen, Propaganda u. dgl., die sich als verlustreich, aber wenig effizient erwiesen. Gewaltsame Aktionen, auch Sabotage, waren eher selten. Erst etwa ab 1942 bildeten sich – meist auf Initiative von Kommunisten – bewaffnete Widerstandsgruppen. Vor allem in Südkärnten formierten sich slowenische Partisanengruppen, die durch die brutale Germanisierungspolitik der NS-Machthaber und die einsetzende Aussiedlung auf die Unterstützung weiter Kreise der Kärntner Slowenen und Sloweninnen zählen konnten. (Siehe dazu den Beitrag „Kärntner Slowenen und Sloweninnen“ im vorliegenden Katalog.) Die slowenischen PartisanInnen konnten sich organisatorisch, politisch und militärisch in Kärnten fest verankern. Sie lieferten den dort zur „Bandenbekämpfung“ eingesetzten Polizei-, SS- und Wehrmachtseinheiten schwere Gefechte, bei denen mehr als 1000 WiderstandskämpferInnen – meist SlowenInnen, aber auch deutschsprachige ÖsterreicherInnen, sowjetische und andere Kriegsgefangene – fielen. Ungeachtet der politischen Orientierung auf ein vereintes Slowenien unter kommunistischer Herrschaft ist dieser Einsatz als wichtigster und effektivster „eigener Beitrag“ zur Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft anzusehen. Im Unterschied zu den sich auf die Sympathie der slowenischen Bevölkerung stützenden Kärntner PartisanInnen fiel es den von den Alliierten mit Fallschirmen abgesetzten Kampfgruppen wie z. B. den „Koralmpartisanen“ sehr schwer, in der Bevölkerung Fuß zu fassen. Hier war die NS-Propaganda mit ihren antibolschewistischen Feindbildern stark wirksam. Von den bewaffneten Widerstandsgruppen außerhalb Kärntens trat nur die Partisanengruppe Leoben-Donawitz militärisch in Erscheinung, während andere vielfach als „Partisanen“ bezeichnete Gruppen im Salzkammergut oder im Ötztal über die Aufbau- und Bewaffnungsphase nicht hinauskamen oder aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung den Kampf nicht aufnahmen. Im bewaffneten Widerstand spielten Frauen eine hervorragende Rolle, indem sie – unter größtem Risiko – für Unterkünfte, Verpflegung, Nachschub, Informationen, Verbindungen usw. sorgten. Einige Frauen beteiligten sich aber auch an den bewaffneten Kämpfen. Insbesondere in der Endphase des Krieges führten die Alliierten zahlreiche Kommandounternehmen mit militärischen oder nachrichtendienstlichen Aufträgen in Österreich durch, von denen der größte Teil durch Verrat schon bei der Ankunft oder bald darauf in die Hände der Gestapo fiel. Sowjetische Fallschirmtruppen konnten sich in Ostösterreich bis zur Befreiung 1945 behaupten. Die auf Grund eines Abkommens zwischen den kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Österreichs im Rahmen der Jugoslawischen Volksarmee im Herbst 1944 aufgestellten „Österreichischen Bataillone“ in Slowenien waren die einzigen militärischen Einheiten unter österreichischem Kommando aufseiten der Anti-Hitler-Koalition, die im Krieg tatsächlich zum Einsatz kamen. Eine längere Dauer des Krieges im Jahr 1945 hätte möglicherweise diesen

bewaffneten Widerstandsgruppen – wie in anderen Ländern – ein größeres politisches und militärisches Gewicht gegeben.

Überparteiliche Widerstandsgruppen

Gegen Ende des Krieges formierten sich vielerorts überparteiliche Widerstandsgruppen, deren Aktivisten und Aktivistinnen aus verschiedenen politischen und sozialen Lagern stammten. Die Ablehnung des Nationalsozialismus, der Wunsch nach Abkürzung des Krieges und der Er kämpfung der Freiheit waren das einigende Band. Die größte und bekannteste dieser Widerstandsgruppen war die Gruppe O5, die von bürgerlich-konservativen Kräften initiiert und getragen wurde, aber auch Kontakte zu Sozialdemokraten und Kommunisten knüpfte. Durch die Verbindung, die Fritz Molden mit den Westalliierten, im Besonderen mit Allan W. Dulles, dem Leiter des OSS in Bern, herstellen konnte, erlangte diese Gruppe einen hohen politischen Stellenwert. Unabhängig davon hatte sich im Wehrkreiskommando XVII in Wien eine militärische Widerstandsgruppe um Major Carl Szokoll gebildet. Diese Gruppe war bereits beim Anti-Hitler-Putsch im Juli 1944 spektakulär in Aktion getreten, als im Zuge der „Operation Walküre“ führende Wiener NS-Funktionäre festgenommen wurden, nach dem Scheitern des Aufstands in Berlin allerdings wieder freigelassen werden mussten. Der im Umfeld des Hitlerattentäters Graf Stauffenberg tätige Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis, ein aus Linz stammender Berufsoffizier, wurde hingerichtet, während zwei in Wien involvierte Offiziere ins KZ kamen. Der unentdeckt gebliebene Major Szokoll kooperierte mit der O5 und konnte im April 1945 durch den Oberfeldwebel Ferdinand Käs Kontakt mit der Roten Armee aufnehmen, doch der Aufstandsplan („Operation Radetzky“) und damit die kampfflose Übergabe der Stadt Wien fielen einem Verrat zum Opfer. Drei österreichische Widerstandskämpfer – Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke – wurden von einem SS-Standgericht noch am 8. April 1945 gehenkt.

In anderen Orten und Gegenden konnten Widerstandskräfte die Zusammenbruchs- und Rückzugsphase der NS-Streitkräfte und -Behörden ausnützende Befreiungsaktionen durchführen. So befreite die – mit der O5 und Fritz Molden kooperierende – Tiroler Widerstandsbewegung unter der Leitung des späteren Landeshauptmanns Karl Gruber die Stadt Innsbruck am 3. Mai 1945 noch vor dem Eintreffen der ersten US-Truppen. Neben der Beendigung sinnloser, verlustreicher Kämpfe ging es dabei vielfach auch um Verhinderung der von den NS-Machthabern anbefohlenen Zerstörungen von Gebäuden, Betrieben, Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen usw. Bis in den Mai 1945 und vereinzelt über den Tag der Kapitulation hinaus wurde versucht, diese Widerstandsaktivitäten durch Standgerichte von Partei, SS und Wehrmacht brutal zu unterdrücken, wobei unzählige Zivilisten, Soldaten und Offiziere im Schnellverfahren exekutiert wurden; dazu gehörte der am 4. April 1945 von einem Wehrmachtstandgericht zum Tod verurteilte Oberstleutnant Josef (Ritter von) Gadolla aus Graz, der als Kampfkommendant in Gotha die Stadt unzerstört den US-Truppen übergeben wollte.

Widerstand in Gefängnissen und Lagern

Auch in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“, in denen Zehntausende Österreicher und Österreicherinnen inhaftiert waren, gab es – trotz der noch größeren Gefahren und Schwierigkeiten – Widerstand. Dabei standen die Organisierung der Solidarität, die Hilfe für die Kameraden und Kameradinnen, die Sorge um das nackte Überleben im Vordergrund. Man versuchte, die von der SS geschaffenen fürchterlichen Zustände zu verbessern – aber auch politische Diskussionen und Schulungen wurden abgehalten, Ausbruchsversuche unterstützt und andere illegale Aktivitäten gesetzt. Ein Zeugnis von diesem,

meist international organisierten Widerstand legten die österreichischen Antifaschisten Ernst Burger, Rudolf Friemel und Ludwig Vesely ab, die im Dezember 1944 wegen des gemeinsam mit polnischen Kameraden im KZ Auschwitz unternommenen Fluchtversuchs hingerichtet wurden.

Aus nahezu allen Häftlingsberichten geht hervor, dass die meisten ÖsterreicherInnen in ihren politischen Zukunftsvorstellungen an ein eigenständiges Österreich dachten. Den Gesprächen und Diskussionen über die zukünftige Gestaltung Österreichs lag ein nicht zu übersehender patriotisch-demokratischer Optimismus zu Grunde.

In Dachau und anderen KZ bahnte sich eine Entwicklung an, die für die Zweite Republik von grundlegender Bedeutung war. Aus dem gemeinsam erfahrenen Leid in hitlerdeutschen Konzentrationslagern kam ein wichtiger Anstoß zur Überwindung der großdeutschen Vorstellungen sowie der tiefen Kluft zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichem Lager und für das Werden eines österreichischen Nationalbewusstseins.

Die Sichtweise vom „Geist der Lagerstraße“ und von der uneingeschränkten Solidarität der Häftlinge ist freilich nicht unumstritten. Die politischen Gespräche und Diskussionen fanden hauptsächlich innerhalb der Gruppe der politischen Häftlinge statt; rassistisch und andere Verfolgte (Juden und Jüdinnen, Roma, „Asoziale“, Homosexuelle usw.) blieben – oft schon aus Gründen der räumlichen Separierung – ausgeschlossen. Auch innerhalb der Gruppe der politischen Häftlinge gab es Konflikte und Ausgrenzungen, vor allem zwischen Kommunisten und ideologisch abweichenden anderen linken Gruppen, die sich allerdings in Buchenwald stärker bemerkbar machten als in Dachau. Die Konflikte, die sich in Dachau etwa zwischen dem Sozialisten Franz Olah und österreichischen Kommunisten anbahnten, spielten auch nach 1945 in der österreichischen Innenpolitik eine Rolle. Im Lichte neuerer Forschungen zur Geschichte der KZ, insbesondere Buchenwalds, hat das von den politischen Häftlingen tradierte heldenhafte Geschichtsbild Sprünge bekommen: Die Häftlingsgesellschaft war eine hierarchische, die Solidarität vielfach nur auf die eigene Gruppe bezogen, der Widerstand auch Machtausübung, bis hin zur Liquidierung Missliebiger.

Widerstand von Einzelnen – „Kollektive Systemopposition“ – „Resistenz“

Der nicht organisierte Widerstand zeigte sich in den verschiedensten Formen: Der Bogen reicht von antinazistischer Haltung und Äußerungen über das verbotene Abhören ausländischer Sender bis hin zur Sabotage und zur Hilfeleistung für Verfolgte (Juden und Jüdinnen, FremdarbeiterInnen, Kriegsgefangene u. a.). Humanitäre Erwägungen, Mitleid für den verfolgten Nächsten, Abneigung und Hass gegen ein verbrecherisches Regime waren die Wurzeln dieses unorganisierten, aus dem Volk kommenden Widerstandes, der genauso wie der organisierte Widerstand polizeilich und gerichtlich verfolgt wurde und auch zahlenmäßig keineswegs geringer war als dieser. So bezieht sich z. B. ein großer Teil der rund 10.000 Verfahren vor dem Sondergericht Wien auf Delikte nach dem so genannten Heimtückegesetz – das waren abfällige Äußerungen über das Regime und seine Repräsentanten, Verbreiten von Gerüchten, Witze über bzw. Beleidigungen von führenden NS-Funktionären, prokommunistische oder prokatholische Äußerungen, Singen verbotener Lieder, Eintreten für Juden und Jüdinnen, AusländerInnen usw., Verweigerung von Spenden oder des Deutschen Grußes u. v. a. Diese regimfeindlichen Äußerungen spiegelten bis zu einem gewissen Grad die Stimmung der Bevölkerung wider, weil sie in den meisten Fällen als spontaner Ausdruck der Enttäuschung, der Erbitterung und des Hasses gegen das NS-Regime getan wurden. Dass dabei in zunehmendem Maße antipreußische/antideutsche und proösterreichische Stimmen zum Ausdruck kamen, kann gewiss nicht als Zufall abgetan werden.

Zu den scheinbar „unpolitischen“ Formen von Opposition zählen auch Arbeitsbummelei, Krankfeiern, diverse Formen von Arbeitsvertragsbrüchen usw., die ein solches Ausmaß

annahmen, dass das Regime besondere Unterdrückungsmaßnahmen (Schnellverfahren durch den „Reichstreuhand der Arbeit“, Einweisung in Arbeiterziehungslager) einführt. Die Ablehnung der Normen und Ansprüche des NS-Systems durch bewusst anderes Verhalten – in Kleidung, Haarschnitt, Musik u. a. – spielte besonders im Milieu der Arbeiterjugend eine Rolle; der von der Hitlerjugend ausgeübte Zwang stieß auf Widerstand und schlug sich auch in zahlreichen Überfällen auf Hitlerjugend-Lokale und -Funktionäre nieder.

Schließlich sind in diesem Vorfeld von Widerstand und Opposition auch die verschiedenen Formen „asozialen“ Verhaltens (was immer die Nazis darunter verstanden), die massenhaft abgeurteilte angebliche Wirtschaftskriminalität (wie etwa Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen, also Schwarzschlachten, Nichtablieferung von bäuerlichen Produkten, „Schleichhandel“), Homosexualität, „Rassenschande“ sowie die – terroristisch abgeurteilte – normale Kriminalität zu sehen.

Insbesondere für die Beurteilung der Einstellung im bäuerlich-katholischen Milieu ist die Aufarbeitung dieses diffusen „Resistenzverhaltens“ von hoher Relevanz. Kirchengang, Prozessionen, Wallfahrten, Protest gegen das Entfernen von Kruzifixen, Isolierung von KirchenaustreterInnen, Einhalten abgeschaffter Feiertage und dergleichen gehörten zu diesem „Resistenzverhalten“.

Von diesen Formen des „kleinen Widerstandes“ und des abweichenden Verhaltens von NS-Normen hebt sich die von einzelnen Personen geleistete Hilfe für rassistisch Verfolgte, insbesondere für Juden und Jüdinnen, qualitativ ab, weil sie von zutiefst humanen Motiven getragen und eine bewusst das Regime ablehnende und herausfordernde und daher risikoreiche Handlung war. Umgang und Verkehr mit Juden und Jüdinnen waren verboten und Gewährung von Unterkunft für jüdische U-Boote oder Lebensmittelweitergabe wurden – mangels strafrechtlicher Bestimmungen – mit Gestapo- oder KZ-Haft bestraft. So wurde etwa die Wiener Ärztin Ella Lingens 1942 wegen ihrer Hilfe für jüdische Flüchtlinge in das KZ Auschwitz gebracht und der aus Wien stammende Feldwebel Anton Schmid 1942 hingerichtet, weil er in dem – vom Österreicher Franz Murer kommandierten – Ghetto Wilna ca. 300 Juden zur Flucht verholfen hatte. Der Staat Israel hat bislang 20.000 Personen aus über 30 Ländern, darunter mehr als 80 aus Österreich, als „Gerechte der Völker“ ausgezeichnet, darunter aus Österreich mehr Frauen als Männer, die unter Einsatz ihres Lebens Juden und Jüdinnen in der Zeit der Naziherrschaft geholfen haben.

Ergebnisse und Bedeutung des Widerstands

Ausmaß und Bedeutung des Widerstandes sind nur im Zusammenhang mit dem Gesamtverhalten der Österreicher und Österreicherinnen in der NS-Zeit zu bewerten. Eine solche Beurteilung kann freilich nicht in Form einer zahlenmäßigen Gegenüberstellung von WiderstandskämpferInnen mit 700.000 NSDAP-Mitgliedern erfolgen; denn die einen hatten ihre gesamte Existenz zu riskieren, die anderen genossen alle Vorteile einer die alleinige Macht ausübenden Staatspartei. Im Hinblick auf ein laufendes, 2006 noch nicht abgeschlossenes Projekt des DÖW und des Karl-von-Vogelsang-Instituts zur namentlichen Erfassung der Opfer politischer Verfolgung können hier keine detaillierten Zahlenangaben zum Widerstand gemacht werden.

Gemessen an der großen Zahl der Opfer waren die praktischen Ergebnisse des Widerstandskampfes – etwa in Richtung einer Gefährdung des NS-Regimes, einer ernstlichen Schädigung der NS-Kriegsmaschinerie oder der Erringung der geistigen Vorherrschaft in der Bevölkerung – eher bescheiden. Die Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft war nicht das Werk einer Revolution von unten oder eines nationalen Freiheitskampfes, sondern das ausschließliche Verdienst der alliierten Streitkräfte, von denen mehr als 30.000 1945 auf österreichischem Boden gefallen sind.

Der Widerstand war im Hinblick auf den 1943 in der Moskauer Deklaration der Alliierten geforderten eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung von eminent politischem Wert, wie sich bei den Bemühungen um den Staatsvertrag herausstellte. Nicht zuletzt stand ein Teil des Widerstandes auch im Zeichen der Herausbildung eines österreichischen Nationalbewusstseins. Nicht wenige – KatholikInnen wie KommunistInnen – waren mit einem Bekenntnis zu Österreich in den Tod gegangen.

Schließlich waren Männer und Frauen, die im Widerstand aktiv oder vom NS-Regime verfolgt worden waren, maßgeblich an der Bildung der provisorischen Regierung und am Neuaufbau des politischen Systems und der Verwaltung 1945 beteiligt. Die „O5“ als wichtigste überparteiliche Widerstandsgruppierung hatte vor und während der Befreiung die Vorstellung, das traditionelle Parteiensystem überwinden und das politische Geschehen in Österreich gestalten zu können. Dies erwies sich jedoch im April 1945, als sich die drei Parteien SPÖ, KPÖ und ÖVP sofort konstituierten und in der Bevölkerung und bei den Alliierten durchsetzten, als Illusion ohne jede reale Grundlage. Alle drei Parteien betrachteten sich als antifaschistisch und beriefen sich – nicht zu Unrecht – auf ihre Herkunft aus dem Widerstand gegen das NS-Regime. Der viel zitierte „Geist von 1945“, der die Anfangsphase des „neuen Österreich“ bestimmte, war das historische Ergebnis auch des Widerstandes. Die weitere politisch-gesellschaftliche Entwicklung Österreichs stand freilich nicht im Zeichen der WiderstandskämpferInnen und NS-Opfer; sie wurde von der Generation der Kriegsteilnehmer und ehemaligen Nationalsozialisten dominiert.

Literatur

Botz Gerhard, Methoden- und Theorieprobleme der modernen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad / Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien-München-Zürich 1983, S. 137-152.

Broszat Martin u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München-Wien 1977-1983.

Fleck Christian, Korallmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer, Wien-Köln 1986.

Hanisch Ernst, Gibt es einen spezifisch österreichischen Widerstand, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 163-176.

Holzer Willibald I., David und Behemoth. Projekte zur Erforschung von Verfolgung und Widerstand 1933/34 in Bayern und Österreich, in: Zeitgeschichte, 9. J., 9/10, Juni/Juli 1982, S. 338-363.

Lu) a Radomir, Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien 1985.

Neugebauer Wolfgang, Der Widerstand in Österreich, in: Ger van Roon (Hrsg.), Europäischer Widerstand im Vergleich, Berlin 1985, S. 141-170.

Neugebauer Wolfgang, Was ist Widerstand? in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1986, Wien 1986, S. 61-71.

Rausch Josef, Der Partisanenkampf in Kärnten im Zweiten Weltkrieg, Wien 1979.

Reichhold Ludwig, Geschichte der ÖVP, Graz 1975.

Stadler Karl, Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966.

Tálos Emmerich / Ernst Hanisch / Wolfgang Neugebauer / Reinhard Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000.

Weinzierl Erika, Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938-1945, 4., erweiterte Aufl., Graz-Wien-Köln 1997.

Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des

österreichischen Widerstandes, 3 Bde., 2. Aufl., Wien 1984.
Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2. Aufl., Wien 1983.
Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1987.
Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2 Bde., Wien-Linz 1982.
Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2 Bde., Wien-Salzburg 1991.
Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 2 Bde., Wien 1984.
Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 3 Bde., Wien 1987.
Zeugen Jehovas. Vergessene Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1998.

Wolfgang Neugebauer

¹Karl Stadler, Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966, S. 11.